

Die 1. Internationale Impfkonzferenz – ein Meilenstein im Dialog

JÜRGEN FRIDRICH

Vom 5. bis 7. März 2009 fand in Mainz die 1. Nationale Impfkonzferenz, die unter dem Motto „Impfschutz im Dialog – ein gemeinsames Projekt“ stand, statt. Verantwortlich für die Durchführung war das Land Rheinland-Pfalz mit seiner Gesundheitsministerin MALU DREYER, die Schirmherrschaft hatte BUNDESPRÄSIDENT HORST KÖHLER übernommen.

In der Vorankündigung hieß es unter anderem: *„Die verschiedenen Ziel- und Interessengruppen sollen zusammengeführt werden und eine Plattform zur Darstellung bekommen ..., damit Eltern auf der Basis umfassender Informationen entscheiden können.“* MALU DREYER wollte ausdrücklich auch den Dialog mit kritischen Stimmen.

Wir (das sind WOLFGANG BÖHM und ich von Libertas & Sanitas) boten an, einen Vortrag zu halten, uns auf dem Podium der Diskussion zu stellen, lieferten drei Abstractbeiträge für den Tagungsband und wollten mit einem Informationsstand über unsere Arbeit zum Erreichen der Zielsetzung beitragen. Keinem dieser Vorschläge wurde entsprochen. Wir wendeten uns daher an die Ministerin, den Bundespräsidenten, den Ministerpräsidenten und den Landtagspräsidenten. Am Nachmittag vor der Veranstaltung wurden wir zu einem Gespräch mit STAATSEKRETÄR HABERMANN ins Gesundheitsministerium eingeladen. Diesem und zwei seiner Mitarbeiter machten wir unsere Bedenken bezüglich der Beachtung des Grundgesetzes (hier: insbesondere Informationsfreiheit und körperliche Unversehrtheit) nochmals deutlich. Wir erhielten daraufhin die Erlaubnis, an der Tagung teilzunehmen; jedoch nicht, unsere Erkenntnisse in Form eines Vortrages oder mittels Informationsstandes vorzustellen. Es wurde uns lediglich zugestanden, über die Saalmikrofone Beiträge zu leisten.

Auszüge aus dem Schriftverkehr vor allem mit dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rhein-

land-Pfalz finden Sie auf unserer Internetseite www.libertas-sanitas.de. Dort ist ebenfalls der Vortrag von JÜRGEN FRIDRICH, der nicht während der Konferenz gehalten werden durfte, eingestellt. Wir bitten Sie, diesen Vortrag an alle Verantwortlichen in Behörden, Politik, Medien weiterzuleiten und diese zur Stellungnahme aufzufordern. Bitte senden Sie uns Ihre Schreiben und die Reaktionen zu. Ca. 30 Vorträge standen auf dem Programm, wobei vorab nur der Beitrag von SCHMIDT-TROSCHKE als Vertreter der Anthroposophischen Medizin als „kritisch“ einzuschätzen war. Außerdem gab es eine Podiumsdiskussion (moderiert von FRAU GAUSE, ZDF) und eine Posterführung, bei der verschiedene Arbeiten vorwiegend zu Möglichkeiten zur Erhöhung der Impfraten vorgestellt wurden.

Über die Saalmikrofone leisteten wir fast nach jedem Vortrag unsere Beiträge, indem wir sachlich, mit Bezug auf bekannte Quellen aus der Literatur, aufzeigten, daß der behauptete Nutzen der Impfungen nicht besteht, daß zu deren Sicherheit weltweit mangels geeigneter Erfassungssysteme keine nützlichen Aussagen gemacht werden können, und sich ohne Nutznachweis die Frage gar nicht stellt, ob mögliche Komplikationen nach Krankheiten oder Impfungen schlimmer oder häufiger sind. Das verbanden wir mit Hinweisen auf unsere Verfassung, die u. a. das Recht auf uneingeschränkte Information aus allgemein zugänglichen Quellen vorsieht, und in der kein Platz für Zensur ist. Dies gilt auch für Impfungen, und auch die Wissenschaft ist der Treue zur Verfassung verpflichtet. *„Medizinische Forschung und Dienste sind fehlgeleitet ... weil wir von falschen Annahmen über die Grundlage menschlicher Gesundheit ausgehen“*; so war im Bundesgesundheitsblatt 8/2001 zu lesen, das von den deutschen Gesundheitsbehörden selbst herausgegeben wird. Spätestens seit diesem Zeitpunkt war klar, daß Impfungen kein Lösungsweg sind, wenn es um die Erreichung von Gesundheit der Bürger geht. Nachfolgend einige

Beispiele, wie wir die uns gebotene Chance nutzten, nämlich mit den „Impfbefürwortern“ in den Dialog zu treten. Als Publikum waren unter den ca. 400 Anwesenden vorwiegend Kinderärzte und Vertreter des öffentlichen Gesundheitsdienstes, mit denen in den Pausen auch ein reger Austausch möglich war. Außerdem hatten die Impfstoffhersteller Informationsstände, an denen wir rege Gespräche auch schon vor Veranstaltungsbeginn führten. Dabei war deutlich erkennbar, daß jeder Hersteller nur an „seinen“ Markt denkt, diese also nicht geschlossen auftreten.

FRAU REITER vom Robert Koch-Institut (RKI) sprach über „Impfkritische Gruppierungen in Deutschland“. Libertas & Sanitas e.V. stand für sie ganz oben auf ihrer Liste der Impfgegner, weil wir den Nutzen aller Impfungen infrage stellen. Ich danke ihr für die große Aufmerksamkeit, die sie uns widmet. Ihrem Versuch, uns als Impfgegner in eine Ecke zu stellen, nahm ich einfach dadurch die Luft raus, daß ich eröffnete, daß wir weder Impfgegner noch Impfkritiker sind, sondern nur zu jeder Aussage über Wirksamkeit und Sicherheit von Impfungen einen Beweis fordern – eine völlig selbstverständliche Forderung in der Wissenschaft. Auch empfahl ich ihr, selbst bei Internetrecherchen doch zunächst mit den Menschen zu sprechen, über die sie berichtet. Das verhindert Fehler, wie beim Schutzverband für Impfgeschädigte geschehen. Denn sie bezeichnete auch diesen als Verein von Impfgegnern. Der Schutzverband stellt sich jedoch nur der Aufgabe, die Interessen seiner Mitglieder gegenüber den staatlichen Behörden durchzusetzen. Es geht ihm um die Anerkennung von Impfschäden und Leistung von Entschädigung; auch dies eigentlich eine Selbstverständlichkeit, da darauf ein gesetzlicher Anspruch besteht. Da aber es keine Impfschäden gibt (oder spitz formuliert: „geben darf“), benötigen Geschädigte zum Teil mehrere Jahrzehnte, bis ein Impfschaden akzeptiert wird.

Interessant war der Festvortrag von GRAD-MANN aus Oslo. Er warnte davor, mit Impfungen dieselben Fehler zu machen, wie mit den Antibiotika. Außerdem präsentierte er eine Grafik über die Tuberkulose von MC KEOWN aus England, die auch zu unserem Vortragsrepertoire gehört. Sie zeigt, daß der Rückgang der Todesfallzahlen nichts mit der Impfung zu tun hat und ist in oben genanntem Bundesgesundheitsblatt enthalten.

Den Epidemiologie-Experten KRAUSE vom RKI konfrontierten wir mit den Daten des Statistischen Bundesamtes über meldepflichtige Krankheiten und Todesursachen. Er bat uns, ihm unsere „umfangreichen Daten“ zur Verfügung zu stellen. Dazu erklärten wir uns bereit, wiesen ihn jedoch darauf hin, daß er diese sich ja selbst vom Bundesamt aus dem Internet abrufen könnte. Es ist Realität, daß dort zwar Millionen von Zahlen „lagern“, die deutschen Gesundheitsbehörden diese aber nicht nutzen – und deshalb von falschen Annahmen ausgehen müssen!

DITTMANN, WHO-Vertreter für Europa, sieht für eine Impfpflicht keinen Platz, und bedauerte(!), wie hier mit uns auf der Konferenz umgegangen wird. In den USA sei es normal, sich zusammzusetzen und zu diskutieren. Daß zur Sicherheit von Impfstoffen noch viel zu tun sei, konnte er nur bestätigen, nachdem ich seine Veröffentlichung aus dem Bundesgesundheitsblatt 4/2002 zitierte: zu 2/3 aller Folgen nach Kinderimpfungen gibt es keine Untersuchungen, die diese als Ursache ausschließen. Und nur 5% der Folgen kommen zur Meldung.

FRAU OPPERMANN (Ständige Impfkommision STIKO) stellte ich, nachdem ich sie für die sorgfältigere Arbeit in den östlichen Bundesländern (Meldepflicht, Impfstatus Erkrankter) die Frage, ob sie sich vorstellen könnte, einen „Laien“ in die STIKO aufzunehmen – ich teilte ihr mit, daß ich dabei an mich dachte – und sie antwortete, daß man darüber sprechen könnte.

PFLEIDERER vom Paul-Ehrlich-Institut stellen wir die Frage, wie er bei der HPV-Impfung (Gebärmutterhalskrebs) von Sicherheit sprechen kann, wenn in den Studien das Placebo adjuvanshaltig war, statt eine einfache Kochsalzlösung: denn damit ist ja nur gezeigt worden, daß der adjuvanshaltige Impfstoff bei den Nebenwirkungen mit dem Adjuvans ohne virusähnliche Partikel vergleich-

bar, aber nicht, daß der Impfstoff sicher ist. Als Antwort fiel ihm nur ein, daß nicht definiert sei, was ein Placebo ist!

ANTES (STIKO), Cochrane Freiburg, ging kritisch(!) mit den STIKO-Kollegen und den Zuhörern um: „*Manches, was ich sage, wird ihnen nicht gefallen.*“ Er bemängelte, daß es teilweise wenig gesichertes Wissen gibt, was Nutzen und Risiken betrifft.

Die englisch referierende Vertreterin der WHO FRAU MARTIN fragte ich, was sie denn von den Veröffentlichungen der Gruppe um AEBY halte, die festgestellt hatte, daß manche Impfungen die Sterblichkeit von Kleinkindern in Afrika erhöhten und Masern keinen Einfluß auf die langfristige Sterblichkeit haben und daher selbst eine wirksame Impfung nicht helfen würde, weil die Kinder wegen anderer Ursachen sterben. Ihr waren die Veröffentlichungen bekannt, aber die WHO hat beschlossen, mit Massenimpfungen die Masern auszurotten und danach müßte man an andere Maßnahmen denken (wahrscheinlich weitere Impfungen gegen andere Erreger).

HEININGER (STIKO) fragte ich, ob es nicht angemessen ist, statt neue Erwartungen an Impfstoffe zu hegen, endlich aus der Vergangenheit zu lernen; etwa so, wie es der Festredner uns mit dem Irrtum bei der Tuberkuloseimpfung aufgezeigt habe. Dazu müssen wir nur die vorhandenen Meldedaten analysieren.

FRAU ELLSÄSSER erinnerte ich an ihre eigene Veröffentlichung über einen Keuchhustenausbruch in Brandenburg unter Grundschulkindern aus dem Jahre 2005: alle erkrankten waren vollständig geimpft und trotz dort bestehender Meldepflicht meldete kein einziger Arzt. Dadurch wurden auch die Gesundheitsbehörden an ihrer Arbeit gehindert, da sie erst Wochen nach dem Geschehen durch Labormeldungen informiert wurden – und nur, weil die tapferen Mütter mit ihren hustenden Kindern immer wieder die Ärzte aufforderten, zu überprüfen, ob ihre Kinder nicht trotz der Impfungen Keuchhusten haben könnten; bis schließlich doch eine Diagnostik begonnen wurde. Sie antwortete mir nicht direkt, sondern sagte: „*Eine sehr kompetente Frage!*“

HALLAUER (Mecklenburg Vorpommern) stellte die Notwendigkeit heraus, auch die Risikokommunikation zu verbessern. Er

verwies z. B. auf die Schäden durch die alte Keuchhustenimpfung und stellte sich damit gegen die Äußerungen, die der ehemalige STIKO-Vorsitzende SCHMITT und der derzeitige Stellvertreter HEININGER verbreiten, daß diese Impfung gar nicht die Ursache für Gehirnschädigungen gewesen sei.

Interessant wurde es auf andere Art nochmals, als FEIL aus Hannover über die Masernelimination berichtete. Alles klappte aus seiner Sicht wunderbar, aber dann passierte im November 2008 das Schreckliche! Er zeigte Zeitungsausschnitte mit der Überschrift „*Vorgehen der Gesundheitsbehörden rechtswidrig*“. Das sei wie ein Schlag ins Gesicht gewesen. Es sei bedenklich, daß Gerichte die Position von Impfunwilligen einnehmen. Prompt meldete sich auch der Kinderarzt TERHARDT zu Wort, der ihm zustimmte und behauptete, das Infektionsschutzgesetz sei auf Seiten der Impfenden und müßte konsequent angewandt werden. Ich informierte dann die Anwesenden, daß ich bei dem Prozeß als privater Sachverständiger der Mutter des von der Schule ausgeschlossenen Kindes mitgewirkt habe (in der Umgebung waren Masern aufgetreten und die Behörden hatten die ungeimpften Kinder nicht mehr in die Schule gelassen, wenn diese nicht die angebotene Impfung bekamen). Sie wurden darauf hingewiesen, daß ein nach den Gesetzen unseres demokratischen Landes urteilendes Gericht gar nicht anders urteilen konnte! Und daß jedes Gericht, das von unseren Unterlagen zum fehlenden Nutzen der Impfungen auch bei anderen Prozessen (z. B. Sorgerecht, Verdacht auf Impfschaden) Kenntnis erhält, nicht für die Vertreter des Impfens sprechen könne.

NASSAUER (RKI) widmete sich dem Aspekt, Jugendliche möglichst früh ohne Einwilligung der Eltern impfen zu können (in Deutschland gilt ein „normal entwickelter“ Jugendlicher mit 16 Jahren bei Impfungen als selbst entscheidungsfähig und es gibt Bestrebungen, dies schon mit 14 Jahren zu ermöglichen). Wir wiesen ihn deutlich darauf hin, daß Jugendliche wie Erwachsene juristisch einer Impfung nur zugestimmt haben, wenn sie auch vollständig über die Risiken informiert worden sind; und daß wir es für einen zweifelhaften Weg halten, auf diese Weise das Vertrauensverhältnis in den Familien zu belasten. Er forderte die Ärzte dringlich auf, konsequent nach den Empfehlungen des RKI aufzuklären, was regelmäßig nicht geschieht.

